

Gedanken zur Globalisierung, Demokratie und Marktwirtschaft

Basierend auf dem Buch „Raus aus der Globalisierungsfalle: Wie wir die sozial-ökologische Transformation schaffen“ von Nikolaus Kowall (2023), sowie meinen eigenen Recherchen und Überlegungen.

Der Titel bezieht sich auf das Buch „Die Globalisierungsfalle: Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“ von Hans-Peter Martin und Harald Schumann (1996). Darin wird auf die Gefahr des verstärkten Einflusses von Multinationalen Unternehmen und Finanzmärkten hingewiesen, die zur Untergrabung der Souveränität von Nationalstaaten führt, weiters wie anstelle von nationalen demokratischen Entscheidungsprozessen zur Problemlösung diese an wenig transparente supranationale Organisationen wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (IWF) übertragen werden.

Als Probleme sagen die Autoren eine Zunahme der sozialen Ungleichheit, wachsenden Aufstieg von populistischen Parteien und Bewegungen und die soziale Marktwirtschaft als Auslaufmodell voraus.

Schon Martin und Schumann sehen die Europäische Union (EU), der größte Binnenmarkt der Welt, mit starker Verhandlungsposition gegenüber anderen globalen Akteuren einschließlich multinationaler Konzerne als eine Akteurin, die in der Lage sein könnte, den negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegenzuwirken. Wortwörtlich heißt es: „Nur ein geeintes Europa kann im entfesselten Global-Kapitalismus neue Regeln des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Umgestaltung durchsetzen.“

Das war 1996, heute aktueller denn je. Wie ist es dazu gekommen, was ist seither passiert?

Vorweggenommen: im Jahre 2019 begann die EU-Kommission eine politische Agenda zu verfolgen, die einerseits die wesentlichen von Schumann und Martin geforderten Aspekte berücksichtigt, andererseits auch die neu dazu gekommenen ökologischen Probleme berücksichtigt.

Doch zunächst eine kurze Chronologie der Globalisierung ab 1944:

Das Zeitalter wirtschaftspolitischer Intervention

Die historische wirtschaftspolitische Leistung der Nachkriegsjahrzehnte – die Bändigung des Kapitalismus auf nationaler Ebene durch Intervention

1944 Ursprung der modernen Globalisierung

„Globalisierung“ bezieht sich auf die zunehmende Integration und Interdependenz der nationalen Wirtschaften weltweit und hat ihren Ursprung im **Bretton-Woods Abkommen von 1944**, das zur Schaffung einer Weltwirtschaftsordnung zur Refinanzierung nach dem zweiten Weltkrieg führte. John Maynard Keynes spielte dabei eine wichtige Rolle und war auch an der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank beteiligt. Diese Institutionen verfolgten ursprünglich keynesianische Prinzipien, also antizyklische Staatseingriffe in die Marktwirtschaft.

1950er und 1960er Jahre: Wirtschaftliche Entwicklung

Während dieser Zeit erlebte die Wirtschaft ein starkes Wachstum. Die steigende Nachfrage nach Öl in den 1960er Jahren führte jedoch zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und Verwundbarkeit der westlichen Industrieländer durch die erdölfördernden Staaten.

Österreichs Wirtschaft in dieser Phase

Hier ein Rückblick in die Vergangenheit:

Die Erste Republik

Die damaligen Großparteien SDAP und CSP befürworteten nach dem ersten Weltkrieg einen Anschluss an Deutschland, da sie keine realistische wirtschaftliche Basis für Österreich nach dem Versailler Vertrag sahen. Starke wirtschaftliche und soziale Spannungen bereiteten den Weg in den Faschismus. Es gewann jene Partei, die Arbeit und Beschäftigung brachte – oft mit brutaler Gewalt, die auf offene Türen stieß. Dass dabei in Österreich die Demokratie schon vorher ausgeschaltet wurde, hat rückblickend betrachtet keine große Rolle gespielt – siehe Beispiel Tschechoslowakei.

Dieser Anschluss an Deutschland wurde jedoch von den Siegermächten, insbesondere von den USA unter Berufung auf die Wilson-Doktrin (jedem Volk sein eigener Staat) untersagt und die Staatenbildung quasi ohne Alternativen diktiert. Dadurch ergab sich eine Aufsplitterung der Achsenmächte in wirtschaftlich unbedeutende Staatsgebiete. Das Anschlussverbot an Deutschland war explizit darauf ausgerichtet, Deutschland nicht zu mächtig werden zu lassen.

Der zweite Weltkrieg

Während des Krieges wurden Industrie- und Infrastrukturprojekte für das großdeutsche Reich in imperialem Format geplant und teilweise realisiert – mörderische Zwangsarbeit von Kriegs- und KZ-Häftlingen mit eingeschlossen. Beispiele dafür sind etwa die Hermann Göring Werke II in Linz – die heutige VÖEST – oder das Speicherkraftwerk Kaprun.

Die zweite Republik

Salopp formuliert könnte man sagen, dass die österreichische Industrie nach dem Krieg durch die Realisierung bzw. den Wiederaufbau der nationalsozialistischen Pläne und Anlagen ein solides Fundament erhielt, welches durch seine Größe durchaus dafür geschaffen ist, am Weltmarkt mitzuspielen (z.B. LD-Verfahren). Dass viele veraltete Anlagen von den Sowjets abgebaut wurden, stellte keinen Nachteil dar – der Wiederaufbau erfolgte mit modernen Anlagen, finanziert durch amerikanische Mittel aus dem Marshallplan.

Die Industrie ist nicht nur das historische Rückgrat der österreichischen Volkswirtschaft, ihre Wertschöpfung ist immer noch viermal so hoch wie jene des Tourismus.

Im Jahr 1946 wurde die österreichische Großindustrie verstaatlicht. 1955 lag der Anteil an den Gesamtbeschäftigten in der Industrie bei 20%, die Wertschöpfung etwas höher. Die offiziellen Leitlinien der verstaatlichten Industrie waren Versorgungssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit, Vollbeschäftigung und Berücksichtigung des Allgemeininteresses. Über Jahrzehnte hinweg wurde auch wirtschaftlich gearbeitet. Die Entscheidung, was und wievielt produziert werden sollte, wurde nicht allein dem Markt überlassen. Aufgrund der relativ geringen außenwirtschaftlichen Verflechtung (kein globales Regelwerk wie die WTO) hatte der Staat wesentlich mehr Einfluss als heute.

Das Zeitalter der Globalisierung

Rückabwicklung der staatlichen Intervention im Rahmen der neoliberalen Globalisierung

1973: Vietnamkrieg und Öl Schock

Der Vietnamkrieg und das Ölembargo von 1973 waren voneinander unabhängige, aber bedeutende Ereignisse. Der Vietnamkrieg führte zu einer starken Inflation in den USA und untergrub das Vertrauen in den US-Dollar als Ankerwährung des Bretton-Woods-Systems. Gleichzeitig reagierten arabische Ölproduzenten auf die Unterstützung der westlichen Staaten für Israel im Jom-Kippur-Krieg mit einem Ölembargo. Dies führte zu einem dramatischen Anstieg der Ölpreise und verursachte wirtschaftliche Turbulenzen, die letztendlich zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems beitrugen.

Dieser Zusammenbruch begann 1971, als US-Präsident Richard Nixon offiziell die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold aussetzte. Dies war getrieben durch die Inflation und der Sorge, dass die USA über nicht genügend Goldreserven verfügen, da viele Länder begannen, ihre Dollarreserven gegen Gold umzutauschen. Dies führte zu erheblichen Schwankungen der Wechselkurse und am 1. März 1973 wurde das System fester Wechselkurse faktisch aufgelöst.

Dieser Wendepunkt markierte den Beginn einer neuen Ära in der globalen Wirtschaft, in der die Wechselkurse frei schwanken konnten und die Weltwirtschaftsordnung sich veränderte.

Kurzer Kostenvergleich Vietnamkrieg – Mondlandung:

Vietnamkrieg: \$276 Milliarden

Mondlandung \$28 Milliarden (beide Beträge sind nicht inflationsbereinigt).

Beide Ereignisse hatten erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Während der Vietnamkrieg vor allem negative soziale und wirtschaftliche Folgen hatte, trug die Mondlandung zur technologischen Entwicklung und zum wissenschaftlichen Fortschritt bei.

Veränderungen bei IWF und Weltbank

Nach der Auflösung des Bretton-Woods-Systems (1946-1973) wandten sich der IWF und die Weltbank zunehmend marktliberalen Ansätzen zu. Zu dieser Zeit waren die folgenden Personen an der Spitze der beiden Institutionen:

Weltbank: Robert McNamara (1968-1981) und Alden W. Clausen (1981-1986)

IWF: Johannes Witteveen (1973-1978) und später Michel Camdessus (1987-2000)

1976: Öffnung Chinas

Die Reform- und Öffnungspolitik Chinas ab 1976 unter Deng Xiao Ping hatte erhebliche Auswirkungen auf die westliche Wirtschaft, z.B.

Arbeitsplatzverluste in bestimmten Sektoren, insbesondere in der Fertigungs- und Textilindustrie aufgrund niedriger Produktionskosten und günstiger Arbeitskräfte

Anstieg des Imports günstiger chinesischer Waren und Nachfrage nach Transport- und Logistikdiensten

Insgesamt war die Stagflation in den westlichen Ländern der 1970er Jahre – hohe Inflation mit hoher Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wirtschaftswachstum – ein Katalysator für neue wirtschaftspolitische Ansätze, einschließlich monetaristischer und neoliberaler Strategien, weil keynesianische Maßnahmen allein oft nicht ausreichend waren. Das führte zum

1989: Washington Consensus

Der Washington Consensus von 1989, formuliert von John Williamson, umfasst wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Bewältigung wirtschaftlicher Krisen in Lateinamerika in den 1980er Jahren durch marktorientierte Reformen (Strukturanpassungsprogramme SAPs). Die Auswirkungen waren umstritten: während die Reformen in einigen Staaten zu wirtschaftlichem Wachstum führten, wurden sie auch kritisiert, weil sie soziale Spannungen und Ungleichheiten verstärkten.

Die Abkehr vom Washington Consensus begann bereits in den späten 1990er Jahren und setzte sich in den frühen 2000er Jahren fort. Ein bedeutender Wendepunkt war der Weltentwicklungsbericht 2000/2001 der Weltbank, in dem eine Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Strategien zur Armutsbekämpfung angekündigt wurde. Die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen erkannten, dass die strikten neoliberalen Maßnahmen nicht immer die gewünschten wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse erzielten und dass es notwendig war, flexiblere und inklusivere Ansätze zu verfolgen.

1991: Kollaps der Sowjetunion und Transformation des Ostblocks – Alma-Ata-Deklaration 21.12

1992: Politische Integration Westeuropas – Maastricht Vertrag 7.2.

Zwei voneinander unabhängige historische Trends geschahen im selben Zeitraum und entfalten eine entsprechend potenzierte Wirkung. Die Vertiefung der europäischen Kooperation mit der Etablierung der vier Grundfreiheiten – freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr und die sukzessive wirtschaftliche Integration Osteuropas eröffneten ein neues Spannungsfeld. Freier Handel bei sehr unterschiedlichen Lohnniveaus. Auf diesen Druck reagierte beispielsweise Deutschland mit Verschärfungen beim Arbeitslosengeld – das berühmt-berüchtigte Hartz IV.

1992 Fukuyama und "Das Ende der Geschichte"

Francis Fukuyama argumentierte, dass die westliche liberale Demokratie als Endpunkt der ideologischen Evolution und die endgültige Form der menschlichen Regierung erreicht sei. Der Washington Consensus und Fukuyamas "Das Ende der Geschichte" sind beide eng mit der Idee der "unsichtbaren Hand" und der Selbstregulierung des Marktes verbunden. Der Washington Consensus implizierte, dass wirtschaftliche Liberalisierung und Marktreformen zu demokratischer Entwicklung führen würden. Diese Sichtweise beeinflusste den Zeitgeist und den Weg zur

1994: Gründung der WTO

2001: Beitritt Chinas zur WTO

Als China der WTO beitrug, war die allgemeine Erwartung, dass die wirtschaftliche Liberalisierung und Integration in die Weltwirtschaft China auf den Weg zur Demokratie führen würde. Diese Annahme basierte darauf, dass wirtschaftliche Freiheit und wachsende Mittelschichten zu einem höheren politischen Bewusstsein und Forderungen nach mehr Demokratie führen. Allerdings hat sich diese Erwartung nicht erfüllt, da China weiterhin ein autoritäres Regime ist, obwohl es wirtschaftlich stark gewachsen ist.

Lektionen aus Chinas Beispiel

Chinas Beispiel zeigt, dass wirtschaftliche Reformen und Wachstum allein nicht zwangsläufig zu politischer Liberalisierung führen. Die wichtigsten Lektionen für autoritäre Regime daraus könnten sein:

- **Staatliche Kontrolle behalten:** Autoritäre Regime können wirtschaftliche Öffnung nutzen, um wirtschaftlichen Wohlstand zu fördern, ohne politische Freiheiten zu gewähren.
- **Stabile Machtsysteme:** Wirtschaftlicher Erfolg kann die Macht eines autoritären Regimes stabilisieren, indem es wirtschaftliche Zufriedenheit schafft und die Unterstützung der Bevölkerung sichert.
- **Selektive Reformen:** Autoritäre Staaten können selektiv wirtschaftliche Reformen einführen, um Investitionen anzuziehen und Innovation zu fördern, während sie politische Kontrolle behalten.

Diese Lektionen könnten dazu führen, dass andere autoritäre Staaten ähnliche Strategien verfolgen, um wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, ohne auf politische Freiheiten zu setzen.

Weitere Meilensteine auf der Zeitschiene

2008: Finanzkrise: Die globale Finanzkrise führte zu erheblichen wirtschaftlichen Turbulenzen und stellte die Stabilität vieler Volkswirtschaften infrage

2014: Brexit: Das Referendum im Vereinigten Königreich führte zum Austritt aus der EU und hatte weitreichende politische und wirtschaftliche Folgen

2016: Donald Trump wird US-Präsident: Trumps Wahl markierte eine Verschiebung hin zu populistischen und protektionistischen Politiken

2021: Corona-Krise: Die Pandemie hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und Gesellschaft

Insbesondere die Finanzkrise 2008 und die Corona-Krise 2021 konnten nur durch massive staatliche Eingriffe bewältigt werden - in beiden Fällen angeführt von der FED und enormen Finanzmitteln, die von der FED und weiteren Zentralbanken zur Verfügung gestellt wurden.

Diese Entwicklungen haben die liberalen Grundüberzeugungen weiter erschüttert und trotz zufriedenstellender volkswirtschaftlicher Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation zum Aufstieg eines neuen Experimentierfeldes geführt - der illiberalen Demokratie. Ich schreibe dies einige Tage vor der US-Wahl - wie sich das weiterentwickelt, können wir unmittelbar mitverfolgen.

Zwar wurde die Überzeugung aufgegeben, dass Marktwirtschaft zwangsläufig zur Demokratie führt - dafür war China zu erfolgreich, doch hielt man die Überzeugung „Wandel durch Handel“ aufrecht, also dass wirtschaftliche Beziehungen den Ausbruch kriegerischer Konflikte weitgehend verhindern - bis zum

24. Februar 2022 Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine

Das hat im Westen, besonders Deutschland, stark getroffen. Durch Festhalten an „Wandel durch Handel“ hat man sich in Abhängigkeiten gegeben:

- Gas aus Russland
- Exporte nach China
- Sicherheit von Amerika

In welche Richtung sich nun die deutsche und europäische Politik bewegen dürfen wir mitverfolgen – wir erleben Geschichte, gemäß einem alten chinesischen Fluch.

Bedeutung der Binnenwirtschaft

Größe und Stärke der Binnenwirtschaft sind entscheidende Faktoren. Eine starke Binnenwirtschaft ermöglicht es einem Land (oder wirtschaftlichen Einheit wie der EU) widerstandsfähiger gegenüber externen wirtschaftlichen Einflüssen zu sein und eine gewisse Autonomie zu bewahren. Länder mit einer großen und diversifizierten Binnenwirtschaft, wie die USA oder China, können wirtschaftliche Schocks besser abfedern und haben mehr Spielraum, ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Wege zu gestalten. Das gilt auch für die EU – aber nicht für einzelne Mitgliedstaaten der EU für sich betrachtet.

Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte

Faktoren, die dabei eine Rolle spielen, sind unter anderem Qualität und Innovation, Kosten und Effizienz, Handelsabkommen, Währungsstabilität, Infrastruktur und Logistik.

Ressourcenabhängigkeit und politische Stabilität

Reichhaltige natürliche Ressourcen wie Öl und Gas können die Macht einer nicht-demokratischen Regierung stabilisieren und verlängern. Staaten wie Russland und einige Länder im Nahen Osten zeigen dies deutlich.

Die Kontrolle über diese Ressourcen ermöglicht es autoritären Regimen, wirtschaftlichen Wohlstand zu erzeugen und politische Unterstützung durch wirtschaftliche Vorteile und Sozialprogramme zu sichern, während sie politische Freiheiten einschränken.

Diese Ressourcenabhängigkeit führt oft zu einem "Rentierstaat", bei dem die Regierung die Wirtschaft dominiert und die Einnahmen aus den Ressourcen nutzt, um ihre Macht zu festigen. Dieser Reichtum kann es auch ermöglichen, Repressionen und Sicherheitsapparate zu finanzieren, die Opposition und politische Bewegungen unterdrücken.

Die Kontrolle über bedeutende Ressourcen wie Öl und Gas kann autoritären Regimen die finanziellen Mittel verschaffen, um militärische Aggressionen zu finanzieren und ihre Macht zu festigen. Der Ukrainekrieg ist ein tragisches Beispiel dafür, wie solche Ressourcen genutzt werden können, um geopolitische Ziele durchzusetzen und internationale Spannungen zu verschärfen.

Österreichs Entwicklung in dieser Phase

Österreich hat sich seit den 1990er Jahren zunehmend in die Globalisierung eingebunden:

1999er Jahre: Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Deregulierung des Marktes.

1995: Beitritt zur EU.

Technologische Fortschritte, Internationale Investitionen: Österreich zählt heute zu den globalisiertesten und erfolgreichsten Ländern: Die Industrieproduktion ist im Zeitraum 1996-2023 um 138% gestiegen, ein Spitzenwert unter den „alten“ EU-Mitgliedstaaten, weit vor Finnland (+52%), Deutschland (+29%) oder Italien (-14%).

Die Schattenseiten: In den Nachkriegsjahren kam es zu zahlreichen Verkürzungen der Wochenarbeitszeit und zu Ausweitungen des Urlaubsanspruchs. Aber nur bis Mitte der 1980er Jahre. Seitdem die Globalisierung Fahrt aufgenommen hat, wurde die Arbeitszeit nicht mehr flächendeckend gesenkt.

Die Globalisierung hat nicht nur die Position der Arbeitnehmer geschwächt, sondern auch die Demokratie an sich: Bereits für die Steuerreform 1992 war eine Ökologisierung des Steuersystems angekündigt, eine Partei wollte den Umweltverbrauch bepreisen. Aber die Phalanx der Sozialpartner und der exportorientierten Industrie hat sich quergelegt. Die Ökologisierung des Steuersystems war eine Initiative der ÖVP mit Vizekanzler Josef Riegler unter der großen Koalition SPÖ-ÖVP, Bundeskanzler Franz Vranitzky.

Zentrales Instrument zur Unterbindung demokratischer Interventionen ist der Standortwettbewerb. Beispiel hierfür in Österreich ist Semperit in Traiskirchen – formendes Erlebnis für Andreas Babler, der das auch zum Thema seiner Masterarbeit machte.

Neoliberalismus war keine Verschwörung

Neoliberalismus war keine Verschwörung, sondern eine Reaktion auf objektive Fehler des Nachkriegskapitalismus. Es ist ziemlich unplausibel, dass die gesamte demokratische Linke aller westlichen Länder gleichzeitig in einem akkordierten Akt die Seiten gewechselt hat (z.B. Blair, Jospin, Schröder). Viel ergiebiger als die Suche nach Verrat ist jene nach ökonomischen Umwälzungen, gesellschaftlichen Veränderungen und Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen, die bekannte Pfade kaum noch beschreitbar machen.

Eine intensive Einmischung des Staates macht Sinn, wenn es um die Deckung der Grundbedürfnisse geht: Ernährung, Trinkwasserversorgung, Behausung, Heizung, Mobilität, medizinische Basisversorgung, Elementarbildung, Altersversorgung. Die österreichische Volkswirtschaft ist spätestens seit 1980 in der Lage diese Basisversorgung flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Sind die Grundbedürfnisse gedeckt und es um Erweiterung der Konsummöglichkeiten geht ist nicht mehr so einsichtig, weshalb der Staat in Wirtschaftsfragen mitreden soll.

Beispiele für gelungene Neoliberale Maßnahmen:

Liberalisierung der Telekommunikationsbranche: Diese Maßnahme war zweckmäßig und führte zu mehr Wettbewerb und Innovation.

Europäischer Energiemarkt: Vorübergehend funktionierte das Konstrukt des europäischen Energiemarkts mit späteren erheblichen Problemen (Merit-Order Prinzip).

Neoliberalismus bietet keine Antworten auf die großen Fragen der Gegenwart

Finanzkrisen: Die aus blindem Marktvertrauen erfolgte Liberalisierung des globalen Finanzsystems führte zu zahlreichen Finanzkrisen (Asien 1997, Russland 1998, Dotcom 2000, Weltwirtschaftskrise 2008/09).

Umverteilung von unten nach oben: Die Auffassung, dass eine Besserstellung der Reichen bei Kürzung von Sozialleistungen der gesamten Gesellschaft nützt, erwies sich als falsch. Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen sollten zu mehr wirtschaftlicher Aktivität anspornen. Die Einkommenskonzentration von der Masse zu den Reichen entzog der Gesamtwirtschaft jedoch Kaufkraft, weil obere Einkommensgruppen zusätzliche Einkommen einfach sparen bzw. auf den Finanzmärkten veranlagen.

Ignoranz gegenüber den begrenzten Ressourcen des Planeten: Sowohl neoliberales als auch keynesianisches Denken ignorieren oft die begrenzten Ressourcen des Planeten und die Auswirkungen der Weltwirtschaft auf das globale Klima, wobei beide Denkrichtungen auf materielles Wachstum gemessen am Wachstum des Bruttonationalprodukts oder des Profits orientiert sind.

Sozial-Ökologische Transformation - Bausteine der Nachhaltigkeitswende

Seit 2019 arbeitet die EU an einem interventionistischen Rahmen, um eine grüne Re-Industrialisierung zu fördern. Ein "Silver-Bullet" gibt es nicht, daher setzt die Union auf eine Vielzahl von Maßnahmen. Hier sind die Hauptpunkte:

1. **Ökosoziale Handelsregulierung:** Die EU setzt auf Handelsregulierungen mit Berichtspflichten, ein Lieferkettengesetz und CO₂-Zölle. Entscheidend ist die Größe des EU-Marktes, der für globale Handelspartner unverzichtbar ist. Der Export in die EU ist nur möglich, wenn EU-Standards eingehalten werden (z.B. keine Kinderarbeit). Auch für Exporte aus der EU gelten Standards, um Greenwashing zu vermeiden.
2. **Energiewende:** Umstellung auf erneuerbare Energien. Ironischerweise hat der Ukraine-Krieg die Energiewende beschleunigt. Ohne den Zugang zu günstigem russischem Gas wären viele Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien viel schwerer durchzusetzen gewesen.
3. **Kreislaufwirtschaft:** effizientere Nutzung von Ressourcen, Recycling
4. **Rohstoffsubstitution:** Ersatz von importierten Rohstoffen durch lokale Produktion und Recycling
5. **Nachhaltige Industriepolitik:** Förderung nachhaltiger Produktionsmethoden und umweltfreundlicher Technologien.
6. **Verkehrswende:** Verbot von Verbrennungsmotoren mit herkömmlichem Treibstoff ab 2035, mit Ausnahme von E-Fuels.
7. **Regionale Wirtschaftskreisläufe:** Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Die sozial-ökologische Transformation Österreichs

Was tut man als eine der am höchsten industrialisierten Volkswirtschaften der (westlichen) Welt in Zeiten der Nachhaltigkeitswende? Man fokussiert auf die Rolle der Industrie im Prozess der ökologischen Transformation.

1. **Ökologische Wirtschaftsdynamik:** Reduzierung der CO₂-Emissionen und verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien.
2. **Neue Industriepolitik:** Förderung nachhaltiger Produktionsmethoden und gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung.
3. **Kreislaufwirtschaft und Recycling:** Minimierung des Rohstoffverbrauchs und Förderung von Recycling.
4. **Chancen der Transformation:** Schaffung neuer Arbeitsplätze und Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten.
5. **Arbeits- und Konsumkultur neu denken:** Förderung einer Kultur der Suffizienz und nachhaltiger Lebensweisen.

Beispiele für erfolgreiche Umsetzung

Aluminium Ranshofen: Mit einer Recyclingquote von 90% ein erfolgreiches Beispiel für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft.

Die sozial-ökologische Transformation bietet nicht nur eine Antwort auf die Klimakrise, sondern auch wirtschaftliche Chancen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Helmut Reinthaler, November 2024